

Hoffnung für Spitzenkräfte

FDP hat sich vorerst mit Regeln für Zuwanderung durchgesetzt

Von Roland Preuß

München – Beim Thema Integration ist man „erfreut“, bei der Zuwanderung „enttäuscht“ – so lautet das Fazit des renommierten Sachverständigenrates für Integration und Migration (SVR) zum Koalitionsvertrag. Insbesondere beim Thema Fachkräftezuwanderung sehen die neun Professoren des Rates zu wenig Handlungswillen. Die Ankündigung von Union und FDP, künftig Hochqualifizierte je nach Arbeitsmarktbedarf, Ausbildung und Integrationsfähigkeit ins Land zu lassen, sei zu „eiernd“, sagte der SVR-Vorsitzende Klaus Bade am Montag. Der Fachkräftemangel der Unternehmen werde derzeit nur durch die Wirtschaftskrise verdeckt und danach umso schärfer zutage treten, warnte der Migrationsforscher. Gerade IT-Unternehmen klagen seit langem, sie würden vergeblich Fachpersonal suchen, Studien schätzen den gesamtwirtschaftlichen Schaden durch fehlende Spitzenkräfte auf einen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr.

Trotz zaghafter Formulierungen im Vertrag bahnt sich jedoch eine Wende beim Thema Fachkräftezugang an. Denn

die vielen komplizierten Regelungen, die es bisher Unternehmen und Migranten erschweren, eine Stelle zu besetzen, sollen in einem klaren System zusammengefasst werden. Wenn das Gesetz ansteht, wird es wahrscheinlich nochmals zum Streit kommen, die Fronten sind bereits klar: Die FDP drängt seit langem auf leichtere Zuwanderung Qualifizierter, die Unions-Innenpolitiker haben dies auch bei den Koalitionsverhandlungen bis zuletzt bekämpft.

Mehr Liberalität soll laut dem Papier auch in die Ausländerämter einziehen, sie sollen einen Servicecharakter bekommen, also bei der Zuwanderung auch helfen und nicht nur auf Abwehr aus sein – ein Vorhaben, das viele Unternehmer begrüßen dürften. Die Unsicherheit von Migranten am unteren Ende des Arbeitsmarktes wird jedoch bleiben. Die etwa 31 000 geduldeten Ausländer, denen Anfang nächsten Jahres die Abschiebung droht, sollen sich bis zur Innenministerkonferenz Anfang Dezember warten müssen. Erst dann, drei Wochen vor dem Termin, sollen sie erfahren, ob sie bleiben dürfen. Ein derartiges Vorgehen sei „höchst unsensibel“, sagt Bade.